

Gefährdung der ambulanten Versorgung von HIV/Aids-Patienten

Berlin, 13.11.2008. Mit der Gesundheitsreform tritt am 1. Januar 2009 eine Fülle von neuen Regelungen in Kraft, die auch – negative – Auswirkungen auf die Versorgung der HIV-Patienten durch die Schwerpunktpraxen deutschlandweit zu haben droht.

Bisher wurden die aufwändigen und zeitintensiven Leistungen der Praxen durch eine besondere Vergütung vergolten. Entsprechende Verträge werden jedoch nun – auch aus Unsicherheit über die weitere Entwicklung bei Vergütung der Ärzte – gekündigt. Die Spezialpraxen fürchten dadurch um ihre Existenz

Eine spezialisierte Behandlung von HIV-Patienten ist jedoch nötig. Sie hilft die Gesundheit dieser chronisch Kranken langfristig zu stabilisieren und vermeidet – teure – Krankenhausaufenthalte. Die Deutsche AIDS-Hilfe wird sich gegenüber den gesetzlichen Krankenversicherungen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, aber auch gegenüber den politisch Verantwortlichen dafür einsetzen, dass die mit hoher Fachkompetenz erbrachten aufwändigen ärztlichen Leistungen gegenüber HIV-Patienten auch in Zukunft angemessen bewertet und vergütet werden.

In Berlin droht die Streichung der besonderen Vergütung bereits zum 1. Januar 2009, ohne dass – wie in anderen Regionen – eine Übergangsregelung in Sicht ist. Daher unterstützt die Deutsche AIDS-Hilfe auch die Proteste der davon Betroffenen und ihrer Interessenvertretung, der Berliner Aids-Hilfe, vor diesem Empfang.

Anlagen:

- Hintergrundinformationen der DAH (Armin Schafberger, Referent Medizin und Gesundheitspolitik)
- Presseerklärung des AK Aids niedergelassener Ärzte Berlin e.V.

Pressekontakt:

Jörg Litwinschuh
Tel.: 030 / 690087-81 oder -16;
Mobil: 0177-28 22 581
E-Mail: joerg.litwinschuh@dah.aidshilfe.de